

Berichtsvorlage öffentlich

Federführendes Amt Haupt- und Personalamt	Nr. 224/2020
---	------------------------

Betreff:

Begleitvorlage zum Entwurf der Haushaltssatzung 2021: Erläuterungen zum Stellenplan

Beratungsfolge	Termin
Finanzausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	10.02.2021
Kreisausschuss Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	19.02.2021
Kreistag Berichterstattung: Personaldezernentin Petra Schreier	26.02.2021

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Erläuterungen:

Die Verwaltung schlägt dem Kreistag zum Stellenplan 2021 eine Ausweitung der Planstellen um **netto 14,5 Stellen** auf insgesamt 1002 Planstellen vor.

Mit dieser Vorlage kommt die Verwaltung dem Wunsch der Politik nach, den Stellenplan näher zu erläutern.

I. Allgemeine Anmerkungen

Die Verlagerung von immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene verursacht den notwendigen Einsatz von mehr Personal in den Kommunalverwaltungen. Auch der Kreis Warendorf bleibt hiervon nicht verschont. Die Kreisverwaltung hat den Anspruch, die zu erfüllenden Aufgaben mit einem ausgewogenen Personaleinsatz bestmöglich zu erfüllen.

Der Stellenplan sah für das Jahr 2020 972 Planstellen vor. Der entsprechenden Vorlage aus dem Jahr 2019 (141/2019) sind die damaligen Veränderungen von 2019 auf 2020 zu entnehmen. Von den 972 Planstellen wurden rd. 39 % drittfinanziert. Unterjährig wurden zudem - wie mit der Vorlage aus 123/2020 zum Rettungsdienstbedarfsplan beschlossen - zusätzliche 15,5 Stellen für den Rettungsdienst und für die Leitstelle im Stellenplan 2020 eingerichtet. Folglich stehen insgesamt im Jahr 2020 987,5 Stellen im Stellenplan zu Buche.

Für das kommende Jahr 2021 weist der Stellenplan **15,5 Stellen** brutto zusätzlich aus. Von diesen zusätzlichen 15,5 Stellen sind 6,5 Stellen refinanziert oder zumindest teilweise refinanziert. Die Kreisverwaltung geht davon aus, dass zusätzlich 2,5 Stellen vollständig über den „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ refinanziert werden. Mithin ist eine Ausweitung von **6,5 Stellen** ohne Refinanzierung geplant. 1 Stelle wird im Bereich Museum Abtei Liesborn (0,5 nicht refinanziert) und im Bereich des Personalamtes (0,5 teilweise refinanziert) eingespart, so dass eine Nettoausweitung von **14,5 Stellen** erfolgt.

Abzuwarten bleibt, ob die Ausweitung des Stellenplans noch um 2 teilweise refinanzierte Stellen für die Leistungssachbearbeitung und für die Integration von Leistungsberechtigten im Bereich des Jobcenters reduziert werden kann. Dies hängt von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und der damit zusammenhängenden geplanten Anzahl an Bedarfsgemeinschaften ab. Zum jetzigen Zeitpunkt lassen sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt noch nicht abschätzen, so dass eine Reduzierung um die genannten 2 Stellen während der Haushaltsplanberatungen möglich ist.

Insgesamt weist der Stellenplan 2021 zunächst 1002 Stellen aus.

Die Ausweitung der **6,5 Stellen** ohne Refinanzierung und der **2,5 Stellen** mit voraussichtlicher Refinanzierung ist auf folgende Gegebenheiten zurückzuführen:

1. Im Rahmen der Corona-Pandemie sind die Gesundheitsämter in ganz Deutschland an ihre Leistungsgrenzen gestoßen. Der Kreis Warendorf konnte mit der Personalausstattung im Gesundheitsamt bisher die Krise bewältigen. Im Hinblick auf weitere Infektionswellen oder neuartige Epidemien muss sich die Kreisverwaltung jedoch breiter aufstellen und organisatorisch verbessern. Auch der Bund und das Land haben einen sogenannten „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ beschlossen. Ein

wesentlicher Schwerpunkt dieses Paktes ist das Schaffen von zusätzlichen Stellen in den kommunalen Gesundheitsämtern. Die Rede ist von zusätzlichen 5000 Stellen in den Gesundheitsämtern bis Ende 2022. Eine konkrete Refinanzierung bzw. Förderung ist allerdings noch nicht abschließend geklärt.

Auf dem Markt ist medizinisches Personal rar gesät. Der Kreis Warendorf begibt sich bereits jetzt auf den Weg, um auch weiterhin die Corona-Krise gut zu bewältigen sowie für künftige Epidemien gerüstet zu sein und stellt hierfür zusätzliches medizinisches Personal ein. Dem Ansinnen von Bund und Land, die Gesundheitsämter personell zu stärken, wird dadurch bereits jetzt Rechnung getragen. Es werden somit 2,5 zusätzliche Stellen im Gesundheitsamt eingeplant, die voraussichtlich refinanziert werden.

2. Das Investitionsvolumen des Kreises Warendorf im Bereich des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement belief sich in der Haushaltsplanung für 2020 auf insgesamt rd. 16 Mio. Euro inklusive der Ermächtigungsübertragungen. Ein Schwerpunkt bei den Investitionen ist dabei auch die (energetische) Sanierung und Modernisierung der Kreisliegenschaften und der damit einhergehende Substanzerhalt. Auch die geplanten Instandhaltungskosten befinden sich in diesem Bereich auf einem hohen Niveau. Damit diese Investitionen bzw. bauliche Maßnahmen zügig und fachgerecht umgesetzt und die teilweise dahinterstehenden Förderprogramme in Anspruch genommen werden können, bedarf es hierfür 2 zusätzlicher Ingenieurstellen im Bereich des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement.
3. Es vergeht kaum ein Tag, an dem in der Presse nicht über neue Kindesmissbrauchsskandale berichtet wird. Zum Schutz der Kinder ist es zwingend erforderlich, dass die Jugendämter mit qualifiziertem Personal ausgestattet und die Jugendamtsstrukturen gefestigt sind. Der Kreis trifft hier Vorsorge und plant die Verstärkung im Allgemeinen Sozialen Dienst (kurz: ASD) mit einer zusätzlichen Stelle. Durch die personelle Verstärkung erfolgt eine Entlastung der Koordinatoren in der Fallarbeit zugunsten eines verstärkten und qualifizierten Controllings.
4. Die weiteren zusätzlichen 3,5 Stellen ohne Refinanzierung sind im Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, im Amt für Informationstechnik und Digitalisierung (zur Unterstützung in der Druckerei), im Haupt- und Personalamt und im Amt für Bildung, Kultur und Sport eingeplant (siehe hierzu auch die detaillierten Ausführungen unter Punkt II.).

Eine Übersicht des Stellenaufwuchses kann der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

vollständig refinanziert 2,5 (1,0 für Kinderschutz)	1,0 Elterngeld 0,5 Tagesbetreuung für Kinder 1,0 Aufbau kommunaler Präventionsketten
pandemiebedingt 2,5 (voraussichtlich vollständig über den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst refinanziert)	1,0 Hygienekontrolleur 1,0 Arzt im Medizinischen Dienst 0,5 Stabsstelle Verwaltung Gesundheitsamt
teilweise refinanziert 4,0	0,5 IT-Fachbetreuung passive Leistungen 0,5 IT-Fachbetreuung aktivierende Leistungen 1,0 Bildung und Teilhabe 1,0 Leistungssachbearbeitung 1,0 Integrationsfachkraft
nicht refinanziert 6,5 (1,0 für Kinderschutz)	2,0 Hochbau und Immobilienmanagement 1,0 Unterstützung Druckerei und Publikationen 1,0 Personalentwicklung 1,0 Ausländerbehörde 0,5 Schulpsychologie 1,0 Allgemeiner Sozialer Dienst

Demgegenüber stehen die bereits erwähnten Gesamteinsparungen, wie nachfolgender Tabelle entnommen werden kann:

teilweise refinanziert 0,5	0,5 Sachgebiet Personal, davon 0,35 Servicestelle Personal
nicht refinanziert 0,5	0,5 Museum Abtei Liesborn

Insgesamt: Stellenausweitung von 14,5 Stellen netto

II. Zu den einzelnen Stellen:

1. Haupt- und Personalamt

Der Fachkräftemangel macht sich gerade im öffentlichen Dienst bemerkbar. Es wird immer schwieriger, qualifiziertes Personal für die Kreisverwaltung zu gewinnen. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der öffentliche Dienst nicht die Gehälter aus der freien Wirtschaft zahlen kann. Zum anderen aber auch damit, dass der Kreis Warendorf mit den anliegenden Kommunen - insbesondere mit der Stadt Münster - im Wettbewerb beim „Kampf um kluge Köpfe“ steht. Auch der demografische Wandel führt dazu, dass mehr freie Stellen als qualifiziertes Personal vorhanden sind. Der Kreisverwaltung ist es vor diesem Hintergrund dennoch gelungen, vermehrt Nachwuchskräfte einzustellen und auszubilden. Waren es im Jahr 2016 noch 65 Nachwuchskräfte, so werden für den Stellenplan 2021 99 Nachwuchskräfte eingeplant. Das bedeutet eine Steigerung um rd. 52 %. Ein notwendiger Mehraufwand geht damit einher.

Um den „Arbeitgeber Kreis Warendorf“ dauerhaft attraktiv zu gestalten, ist es erforderlich, Anreize für junge Menschen zu bieten, die insbesondere die monetären Argumente der freien Wirtschaft aushebeln. Das Sachgebiet Personalentwicklung entwickelt in diesem Sinne immer wieder neue Ideen, um junge Leute für den „Arbeitgeber Kreis Warendorf“ zu begeistern und an diesen zu binden. Das fängt bei einem ausgewogenen Fortbildungsprogramm an und hört bei der Willkommensveranstaltung für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf. Dem Fachkräftemangel wird so entgegengewirkt. Damit den wachsenden Anforderungen in diesem Bereich Rechnung getragen werden kann, bedarf es der Einrichtung einer zusätzlichen Stelle.

Der Stellenplan soll um eine 1,0 Stelle ausgeweitet werden.

2. Gesundheitsamt

Bereits jetzt macht sich die Kreisverwaltung auf den Weg, um personell für die aktuelle Infektionswelle und zukünftige Pandemien gewappnet zu sein. Wie unter I. dargelegt, entspricht diese Vorgehensweise auch dem Ziel der Bundes- und Landesregierung, die Gesundheitsämter krisenfest zu machen. Auch strukturell stellt sich das Gesundheitsamt noch besser auf. Eine Stabsstelle wird eingerichtet, die unter anderem in Krisenzeiten die Koordinierung neuer Aufgaben mit zusätzlichem Personal übernehmen soll.

In diesem Bereich weist der Stellenplan daher 2,5 voraussichtlich refinanzierte zusätzliche Stellen aus.

3. Amt für Hochbau und Immobilienmanagement

Wie bereits unter I. erwähnt, werden auch in diesem Bereich die Anforderungen immer höher. Das Investitionsbudget des Kreises Warendorf im Bereich Hochbau ist in den letzten Jahren weiter gestiegen. Lag dieses im Jahr 2017 noch bei rd. 2 Mio. Euro, so ist

es inzwischen bei rd. 16 Mio. Euro inklusive Ermächtigungsübertragungen angelangt. Diverse hinterlegte Förderprogramme, wie z.B. das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz oder Gute Schule 2020, sollen die Investitionen ankurbeln. Ebenso sind die Instandhaltungskosten im Bereich des Amtes für Hochbau und Immobilienmanagement von rd. 4 Mio. in 2017 auf rd. 6 Mio. in 2020 gestiegen.

Die Steigerung des Budgets bzw. der Kosten lässt sich unter anderem mit den notwendigen Sanierungsmaßnahmen an und in den Kreisliegenschaften, den neuen Anforderungen an die Gebäudetechnik aber auch generell mit den zusätzlichen Neubauten begründen. Die Betreuung bzw. Wahrnehmung der Bauherrenaufgaben und die Projektsteuerung bei den stark gestiegenen Baumaßnahmen binden erhebliche Personalressourcen. Dabei sind die Sanierungen und Modernisierungen in und an den Kreisliegenschaften unter dem Gesichtspunkt des Werterhalts und der Zukunftsfähigkeit ein vordringliches Ziel der Kreisverwaltung.

Damit dies möglich ist und das Investitionsprogramm abgearbeitet werden kann, werden 2 zusätzliche Ingenieurstellen für den Stellenplan 2021 eingeplant. Damit verbunden sind auch amtsinterne organisatorische Maßnahmen, um die Ingenieure von zusätzlicher Verwaltungsarbeit zu befreien. Die Ingenieure können sich dann voll auf die Ingenieurstätigkeiten konzentrieren.

Der Stellenplan soll in diesem Bereich um 2,0 Stelle ausgeweitet werden.

4. Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr

Der Zuzug vieler Flüchtlinge aus nicht EU-Staaten seit dem Jahre 2015 hat die Anzahl der Visaverfahren in die Höhe schnellen lassen. Nach wie vor befindet sich die Anzahl der Visaverfahren auf einem hohen Niveau (2015: 264 Verfahren – 2019: 525 Verfahren). Zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich auch nicht erkennen, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.

Um ein möglichst zügiges Visaverfahren für die Geflüchteten zu gewährleisten, sieht der Stellenplan eine zusätzliche Stelle in der Ausländerbehörde vor. Lange Wartezeiten in der Bearbeitung sollen dadurch verhindert und Rechtsklarheit möglichst schnell erreicht werden. Dies führt zur Zufriedenheit der Antragstellerinnen und Antragsteller und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem hoch sensiblen und vor allem beschwerde- und klageanfälligen Arbeitsbereich.

Der Stellenplan soll in diesem Bereich um eine 1,0 Stelle erweitert werden.

5. Amt für Bildung, Kultur und Sport

Die Ausweitung im Stellenplan soll eine 0,5 Stelle im Bereich der schulpsychologischen Beratungsstelle umfassen. Das Land NRW fördert zudem eine weitere 0,5 Stelle, so dass der Beratungsstelle insgesamt eine ganze Stelle zur Verfügung steht. Der Einsatz

dieser dann ganzen Stelle erfolgt im „Lernort Schule“ und dem dort tätigen Inklusionsteam. Eine Verstärkung des Inklusionsteams ist entscheidend, um den erhöhten Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler im Bereich emotionale und soziale Entwicklung abzudecken.

Der Stellenplan soll um eine 0,5 Stelle ausgeweitet werden.

6. Amt für Kinder, Jugendliche und Familien

Wie unter I. bereits dargelegt, ist eine zusätzliche Stelle im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes (kurz: ASD) verortet und soll dort durch die Entlastung der Koordinatoren letztlich das Controlling verstärken und somit dem Kinderschutz dienen.

Eine weitere Stelle soll im Projekt „Kinderstark – NRW schafft Chancen“ eingesetzt werden. Die kommunale Präventionskette wird mit dieser Stelle gestärkt und weiterentwickelt. Der bisher bereits verfolgte Ansatz des Aufbaus der Vernetzung mit den Kindertageseinrichtungen und den Schulen kann durch diese zusätzliche Stelle verstetigt werden. Als Koordinierungsstelle wird diese im Sachgebiet soziale Prävention und frühe Hilfen für die Altersgruppen der vier- bis achtjährigen Kinder zuständig sein.

Oberstes Ziel ist auch hier die Stärkung des Kinderschutzes in dem genannten Altersbereich. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien hat die Planungen am 25.05.2020 (Vorlage 084/2020) für gut und notwendig befunden. Eine Refinanzierung der Stelle ist nun gesichert.

Immer mehr junge Väter machen davon Gebrauch, Elternzeit zu nehmen. Nicht zuletzt ist dies auf die gesetzlichen Änderungen und die Einführung des Elterngeld plus zurückzuführen. Hierdurch sind die Antragszahlen von 3214 in 2017 auf voraussichtlich 3700 in 2020 gestiegen (rd. 15 % Steigerung), die denkbare auch eine höhere Beratungsleistung verlangen. Ebenso wird aufgrund der gesetzlich gewollten Flexibilität für die Eltern im Rahmen der Elternzeit von der Möglichkeit der Neuberechnungen des Elterngeldes vermehrt Gebrauch gemacht (gestiegen um rd. 45 % seit 2017).

Im Bereich des Elterngeldes des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien ist daher ein Stellenmehrbedarf von einer zusätzlichen refinanzierten Stelle zu verzeichnen.

Insgesamt 97 Kita-Einrichtungen betreut das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien im Kita Jahr 2020/2021. Die Tendenz ist weiter steigend. Aus diesem Grund soll im Bereich der Tagesbetreuung für Kinder eine zusätzliche refinanzierte 0,5 Stelle in den Stellenplan aufgenommen werden, die den dortigen erhöhten Bedarf in der Fachberatung auffängt.

Insgesamt soll der Stellenplan im Bereich des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien um 3,5 Stellen aufgestockt werden. 2,5 Stellen (Elterngeld, Tagesbetreuung für Kinder und die Projektstelle „Kinderstark – NRW schafft Chancen“) werden hiervon refinanziert.

7. Jobcenter

a. *Sachgebiet aktivierende Leistungen*

Die Digitalisierung im Jobcenter ist bereits weit fortgeschritten. Die E-Akte wurde eingeführt und die Arbeitsprozesse dem digitalen Wandel angepasst. In der Corona-Pandemie hat das Jobcenter hiervon profitieren können. Eine Vielzahl von Dienstleistungen konnte digital erbracht und der Kontakt zu den Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern aufrechterhalten werden. Die Digitalisierung führt also dazu, dass das Jobcenter noch bürgerfreundlicher und effizienter arbeiten kann. Um den bereits eingeleiteten Prozess zu verstetigen, soll daher sowohl im aktivierenden Bereich als auch im passiven Bereich (siehe b.) des Jobcenters eine refinanzierte 0,5 Stelle eingerichtet werden, die die Digitalisierung weiter vorantreibt.

Wie sich die Corona-Pandemie auf den Arbeitsmarkt im Jahr 2021 auswirkt bleibt abzuwarten. Ob mit einem erhöhten Bedarf im Bereich der Integration von Leistungsberechtigten gerechnet werden muss, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht absehen. Dennoch weist der Stellenplan zunächst eine zusätzliche Stelle als Integrationsfachkraft auf. Die zusätzliche Stelle wird teilweise refinanziert.

Die Entwicklungen des Arbeitsmarktes und die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Stelle werden während der laufenden Haushaltsplanberatungen im Blick behalten. Es besteht daher die Möglichkeit, - je nach Entwicklung und Höhe der Bedarfsgemeinschaften - während der Beratungen diese Stelle wieder „einzusparen“.

b. *Sachgebiet passive Leistungen*

Auch in diesem Bereich muss die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden, um den Ansprüchen einer digitalen Verwaltung gerecht zu werden. Aus den bereits dargestellten Gründen unter 7.a. wird eine 0,5 teilweise refinanzierte Stelle eingeplant.

Es lässt sich noch nicht abschätzen, wie sich die Fallzahlen zu den Bedarfsgemeinschaften entwickeln (siehe 7. a.). Hiervon hängt daher auch ab, ob die Leistungssachbearbeitung um eine Stelle ausgeweitet werden muss. Die Kreisverwaltung plant zunächst auch hier mit einer zusätzlichen, teilweise refinanzierten Stelle, die aber nach Möglichkeit und Entwicklung der Fallzahlen im Laufe der Planberatungen wieder „eingespart“ werden kann.

Durch das „Starke-Familien-Gesetz“ vom 01.08.2019 wurde die Anzahl der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz deutlich erhöht. Das Jobcenter hat zum Ziel, Kinder frühzeitig zu unterstützen und somit den möglichen generationenübergreifenden Leistungsbezug abzuwenden. Damit diese Strategie aufgehen kann und die notwendigen Leistungen aus dem Gesetz gewährt werden können, wird mit einer zusätzlichen teilweise refinanzierten Stelle geplant.

Insgesamt werden im Bereich des Jobcenters 4 Stellen geschaffen, die aber alle zumindest in Teilen refinanziert sind. In Abhängigkeit von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt könnte die Ausweitung während der Planberatungen wieder um 2 Stellen reduziert werden.

8. Amt für Informationstechnik und Digitalisierung

Erfolgreiche Veranstaltungen der Kreisverwaltung müssen nicht nur geplant, sondern auch ordentlich beworben werden. Die Veranstaltungen, die der Kreis ausrichtet, haben in den letzten Jahren auch auf Wunsch der Politik zugenommen. Hierdurch ist der Kreis mit seinen wichtigen Aufgaben in der Öffentlichkeit präsenter geworden. Um den Bedarf auch zukünftig decken zu können, soll eine zusätzliche Stelle in der Druckerei eingerichtet werden, die bei der Erstellung und Gestaltung von Flyern o.Ä. unterstützt.

Es soll eine zusätzliche 1,0 Stelle eingerichtet werden.

III. Zusammenfassung:

Der Stellenplan wird um insgesamt **14,5 Stellen netto** ausgeweitet.

Den 15,5 aufgeführten Stellen stehen Einsparungen im Amt für Bildung, Kultur und Sport (0,5) und im Haupt- und Personalamt (0,5 teilweise refinanziert) gegenüber.

Demnach sind 6,5 Stellen zumindest teilweise refinanziert. Aufgrund des „Paktes für das öffentliche Gesundheitswesen“ erwartet die Kreisverwaltung, dass es zu weiteren Refinanzierungen kommen wird. Bestenfalls beträfe dies alle zusätzlichen Stellen im Gesundheitsamt (2,5 Stellen).

Netto würden somit 8,5 Stellen teilweise und/oder voraussichtlich refinanziert sein. Dem steht eine netto Ausweitung von voraussichtlich 6,0 Stellen ohne Refinanzierung entgegen.

In Abhängigkeit von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt kann die Ausweitung des Stellenplans möglicherweise noch um 2 teilweise refinanzierte Stellen reduziert werden.

Die Drittfinanzierungsquote über alle Stellen betrachtet liegt bei rd. 40 %.